

Pressemitteilung 10.05.2007

Edathy für NPD-Verbot

Kürzlich zu Gast in Braunschweig auf Einladung der Jusos war der SPD-Rechtsextremismus-Experte Sebastian Edathy. Bei der Diskussionsveranstaltung forderte der Sozialdemokrat ein neues Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme NPD sowie ein konsequentes Umsteuern in der Bildungspolitik.

Entschieden wandte sich Edathy gegen die These nach der die wirtschaftliche Situation der entscheidende Einfluss bei der Herausbildung rechtsradikaler Einstellungen sei: "Arbeitslosigkeit ist allenfalls ein begünstigender Faktor. Rechtsextremistische Gedanken müssen wir in den Köpfen der Menschen verändern." Mit Blick auf die Geschichte sagte er weiter: „Meiner festen Überzeugung nach ist die Weimarer Republik nicht an zu vielen Arbeitslosen, sondern an zu wenigen Demokraten gescheitert."

Rechtsextreme Parteien wie die NPD zu wählen, halte er in jedem Falle für illegitim. Die gesamte Gesellschaft müsse vor allem daran arbeiten, die Entstehung nationalistischen und fremdenfeindlichen Gedankengutes zu verhindern. Der entscheidende Punkt sei dabei die Prävention. So müsse Demokratie in erster Linie in den Schulen vermittelt werden – ebenso wie in außerschulischen Bildungseinrichtungen. In diesem Zusammenhang kritisierte er das in Niedersachsen geltende dreigliedrige Schulsystem: „Eine möglichst lange gemeinsame Beschulung trägt auch verstärkt zu sozialem Lernen bei."

Des Weiteren sprach sich der Vorsitzende des Innenausschusses im Deutschen Bundestag für eine Neuauflage des 2003 aus Verfahrensgründen eingestellten Verbotsverfahrens gegen die NPD aus. "Rechtsextremismus ist Realität, aber wir müssen uns davor hüten, ihn als Normalität zu betrachten." Die NPD sei offensichtlich verfassungsfeindlich und erstrebe ein System, welches mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei.

Die Entwicklung der NPD in den letzten Jahren gebe Grund zur Besorgnis. Sie baue ihre Jugendarbeit, vor allem in Teilen der neuen Länder, aber auch im Westen massiv aus. „Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Problem – aber in vielen Städten Ostdeutschlands ist er der Mainstream in der Jugendkultur." Mit rechten Zeitungen wie z. B. der "Jungen Freiheit" und verschiedenen Internetseiten verstärke die NPD auch zusehends ihre Medienpräsenz.

Kontakt: Steffen Kirsch
Tel.: 0177-7368524